

Rede
zur Einbringung des
Ergebnis- und Investitionsplanes 2008 – 2011
am 11. Dezember 2007

Stadtkämmerer Werner Lütkeemeier

Es gilt das gesprochene Wort!!!

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Dr. Kordfelder,
sehr geehrte Damen und Herren,

ergänzend zu den Ausführungen der Bürgermeisterin möchte ich Ihnen nun einen Überblick über den Ergebnis- und Investitionsplan 2008 – 2011 vermitteln und dabei wesentliche Veränderungen erläutern.

Gestatten Sie mir zunächst einen Blick auf das Verfahren zur Aufstellung des Ergebnis- und Investitionsplanes.

Ergebnis- und Investitionsplan 2008 - 2011

Verfahren

- Vorbereitung Eckdatenbeschluss durch den Kämmerer
- Eckdatenbeschluss Verwaltungsvorstand (07. Sept. 2007)
- Eckdatenbeschluss HFA (16. Okt. 2007)
- Aufstellung durch Fachbereiche und Kämmerer
- Feststellung durch Bürgermeisterin (04. Dez. 2007)
- **Einbringung in den Rat (11. Dez. 2007)**
- Beratung durch die Fachausschüsse (Jan. u. Febr. 2008)
- Eckdatenüberprüfung durch HFA (26. Febr. 2008)
- Verabschiedung durch den Rat (11. März 2008)


Stadt Rheine
Leben an der Ems

Wir machen heute praktisch den sechsten von insgesamt neun Schritten, die dann mit dem Ratsbeschluss zur Verbindlichkeit der Planungen führen. Sie sehen, dass die Vorbereitungen zur jetzt eingebrachten Entwurfsplanung bereits im letzten Sommer begonnen haben. Auch wenn die formale Feststellung des Entwurfes durch die Bürgermeisterin (erst) am 04. Dezember 2007, also vor heute exakt einer Woche, erfolgte, konnten nicht

alle bis zu diesem Tag eingetretenen Auswirkungen und Veränderungen, z.B. auch durch Gremienbeschlüsse, noch in dem Ihnen nun vorgelegten Entwurf berücksichtigt und aufgenommen werden. Wir werden – wie in jedem Jahr – diese Dinge im weiteren Verfahren „einbauen“ müssen. Ich denke, dies ist ein ganz normaler Vorgang!

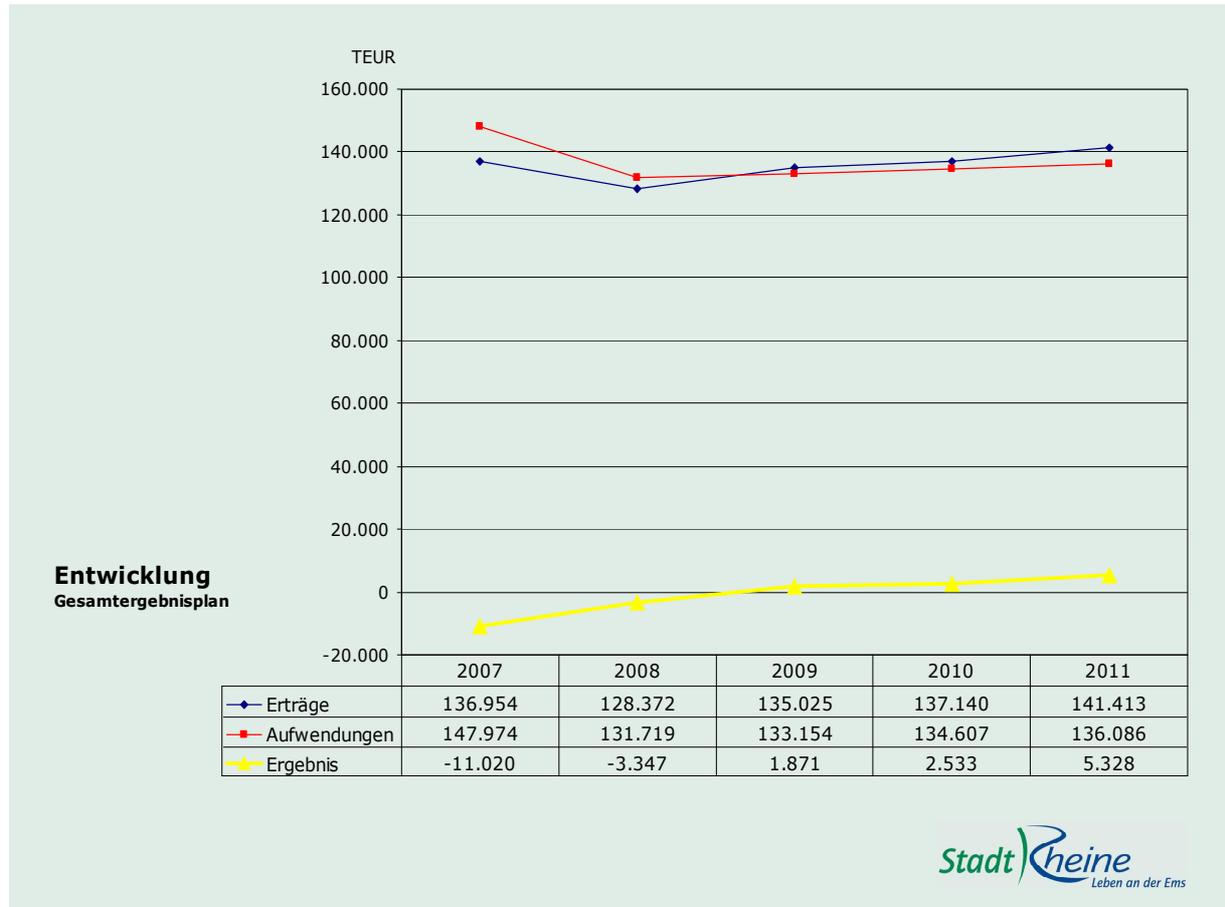
Wesentliche Grundlage für die Aufstellung des Entwurfes der Ergebnis- und Investitionsplanung 2008 – 2011 waren die Eckdatenbeschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses vom 16. Oktober 2007. Diese wurden soeben von der Bürgermeisterin noch einmal verdeutlicht.

Wir haben darüber hinaus wesentliche weitergehende Erkenntnisse, die sich aus den Ergebnissen der November-Steuerschätzung und aus der 2. Proberechnung zum Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) ergaben, eingearbeitet. Auch Einzelanpassungen, wie beispielsweise die inzwischen feststehende höhere Beteiligung der Stadt an den Kosten der Lernmittelfreiheit oder die gegenüber den bisherigen Planungsannahmen deutliche Verringerung der Landesförderung für den weiteren Ausbau der offenen Ganztagsgrundschulen, wurden über den Eckdatenbeschluss hinaus in den Entwurf eingearbeitet.

Wesentliche Veränderungen, die in weiten Teilen einen Vergleich mit dem Vorjahr so ohne weiteres nicht mehr ermöglichen, mussten nach dem Eckdatenbeschluss in den Planentwurf eingearbeitet werden. Dies ist zum einen die Umsetzung des der Ratsentscheidung zur Umwandlung der Technischen Betriebe und von Teilen des Fachbereiches Planen und Bauen zugrunde liegenden vorläufigen Wirtschaftsplanes der AöR. Und zum anderen betrifft dies die auf Initiative der Kommunalaufsicht zurückgehende verfahrenstechnische und inhaltliche Umstellung der Leistungsbeziehungen zwischen den verschiedenen Organisationseinheiten der Stadt, der Internen Leistungsverrechnung. Bisher wurde sie im Rahmen der zutreffenden Sachkonten, z.B. die intern verrechnete Miete für die Büroräume bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen, nachgewiesen und unter dieser Position als „davon“ mit dem entsprechenden Teilbetrag ausgewiesen.

Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass der Jahresabschluss für 2006 noch nicht endgültig fertig gestellt ist und insofern die in der Spalte „Ergebnis 2006“ dargestellten Werte dem aktuellen Stand entsprechen. Abschreibungen, Auflösung von Sonderposten und Rechnungsabgrenzungsposten konnten augenblicklich noch nicht eingebucht werden.

Lassen Sie mich nun zum Zahlenwerk kommen!

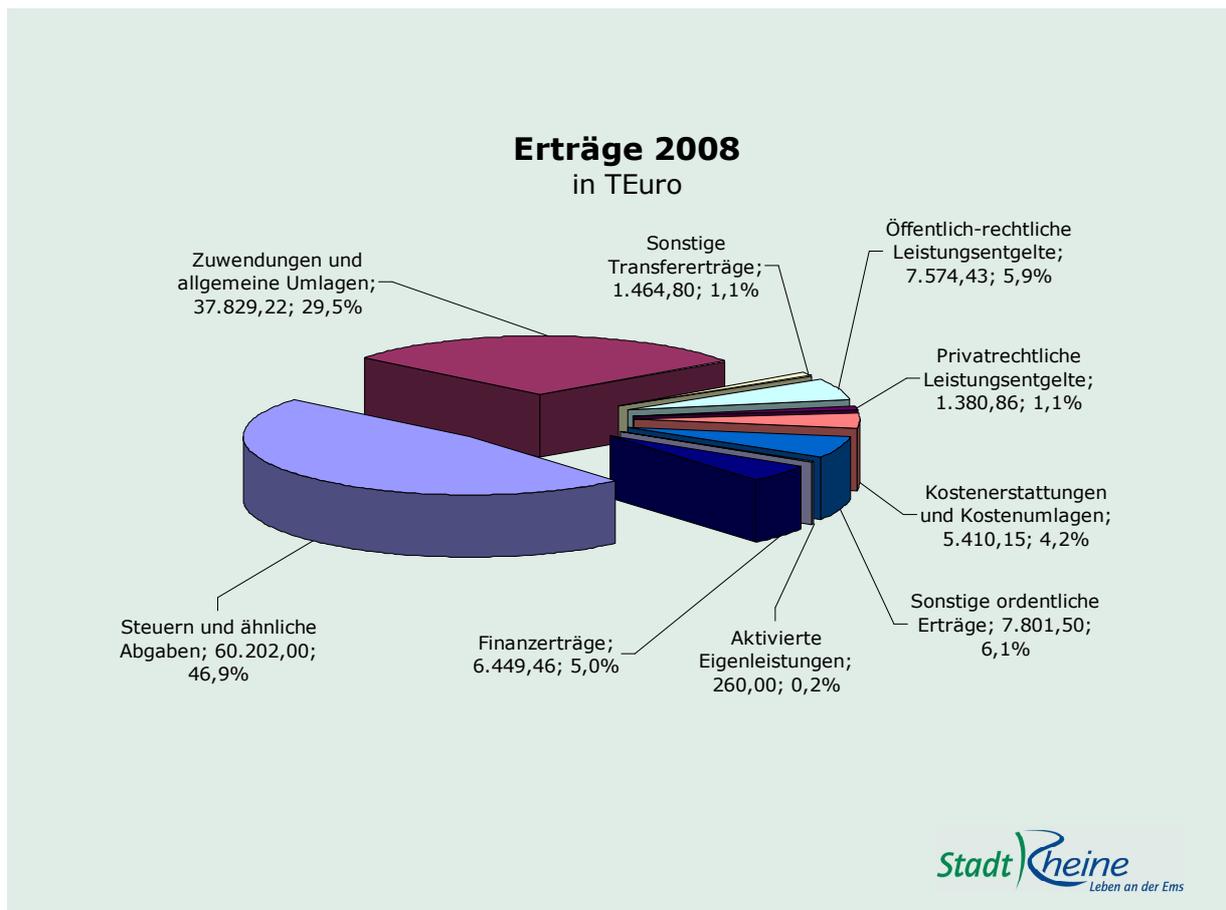


Die im kommenden Jahr erwarteten Erträge sind nach dem Gesamtergebnisplan mit 128,4 Mio. Euro ausgewiesen. Dem stehen Aufwendungen in Höhe von 131,7 Mio. Euro gegenüber. Daraus ergibt sich für 2008 ein Fehlbetrag in Höhe von 3,3 Mio. Euro. Der Eckdatenbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses ging noch von einem Fehlbetrag in Höhe von 5,3 Mio. Euro aus. Demgegenüber ist inzwischen eine Verbesserung von 2 Mio. Euro zu verzeichnen. Die bisherige Finanzplanung wies für 2008 noch einen Fehlbetrag in Höhe von 9 Mio. Euro aus. Im Vergleich hierzu hat sich inzwischen eine Verbesserung in Höhe von 5,7 Mio. Euro ergeben.

Die Bürgermeisterin hat die wesentlichen Ursachen für diese Entwicklung bereits angesprochen. Ich möchte aber an dieser Stelle noch einmal deutlich feststellen: Neben der anhaltend guten wirtschaftlichen Gesamtentwicklung haben hierzu aber auch die seit einigen Jahren zielgerichteten Konsolidierungsbemühungen von Rat und Verwaltung, unter anderem auch im personellen Bereich, nicht unerheblich beigetragen!

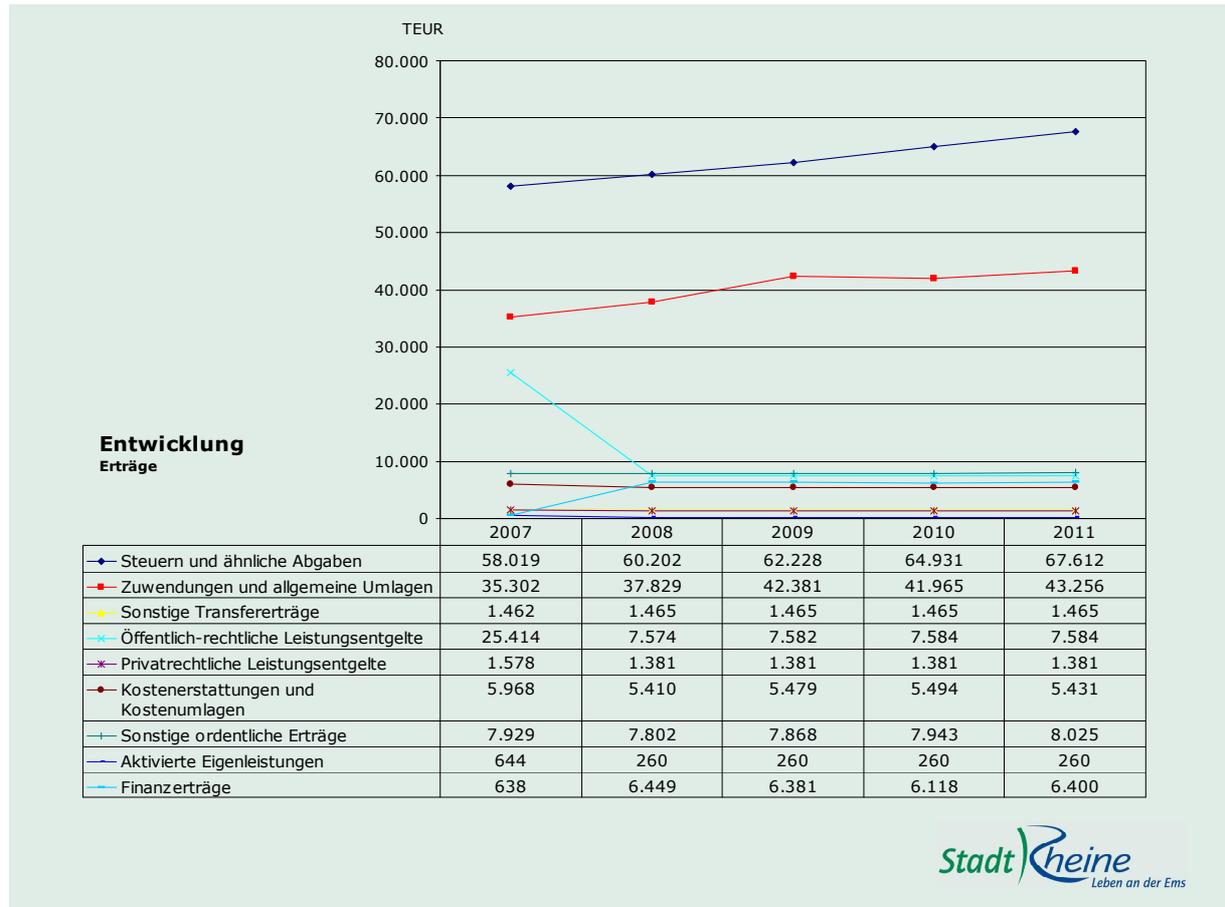
Der „vorsichtige“ Blick in die weitere Zukunft zeigt den lange herbeigesehten „Silberstreif“ am Horizont. Ab 2009 könnte voraussichtlich ein ausgeglichener Haushalt gelingen. Das setzt aber den bisherigen Konsolidierungskurs voraus. Es wird aber auch deutlich, dass im personellen Bereich im Hinblick auf die Zukunftssicherung der Stadt Konzepte zur strategischen Personalentwicklung unverzichtbar sind.

Ich möchte Ihnen nun die Ertragsseite darstellen.



Die Steuern und ähnlichen Abgaben stellen mit 60,2 Mio. Euro und 46,9 % die wesentlichste Ertragsquelle der Stadt dar. Daneben bilden die Erträge aus Zuwendungen mit 37,8 Mio. Euro oder 29,5 % die zweite wichtige Stütze für den städtischen Haushalt.

Schauen wir uns nun die Entwicklung der Erträge an.

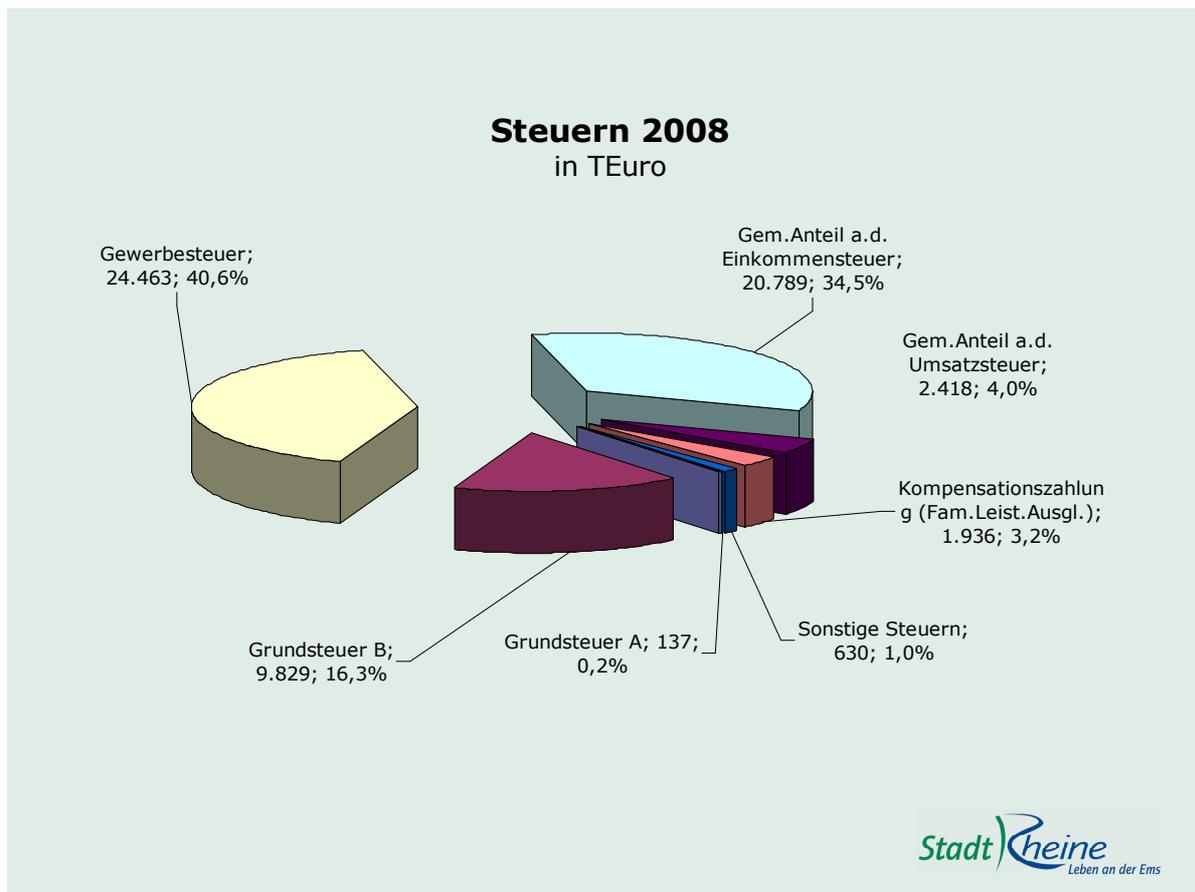


Diese Übersicht macht sehr anschaulich, worauf die gute Ertragsentwicklung zurückzuführen ist. Maßgeblich auf die soeben angesprochenen zwei wichtigen Stützen.

Ein besonderer Hinweis ist zu folgenden Positionen angebracht: Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte und Finanzerträge. Hier sind deutliche Abweichungen zum Vorjahr ablesbar. Diese haben ihre Ursache in den Folgen der Umwandlung der Technischen Betriebe in eine AöR. Einerseits entfallen bei der Stadt die Erträge aus den Benutzungsgebühren der Stadtentwässerung, der Abfallbeseitigung, der Straßenreinigung und der Boden- und Bauschuttdeponie. Andererseits fließen der Stadt aus dem Trägerdarlehen entsprechende Zinserträge zu.

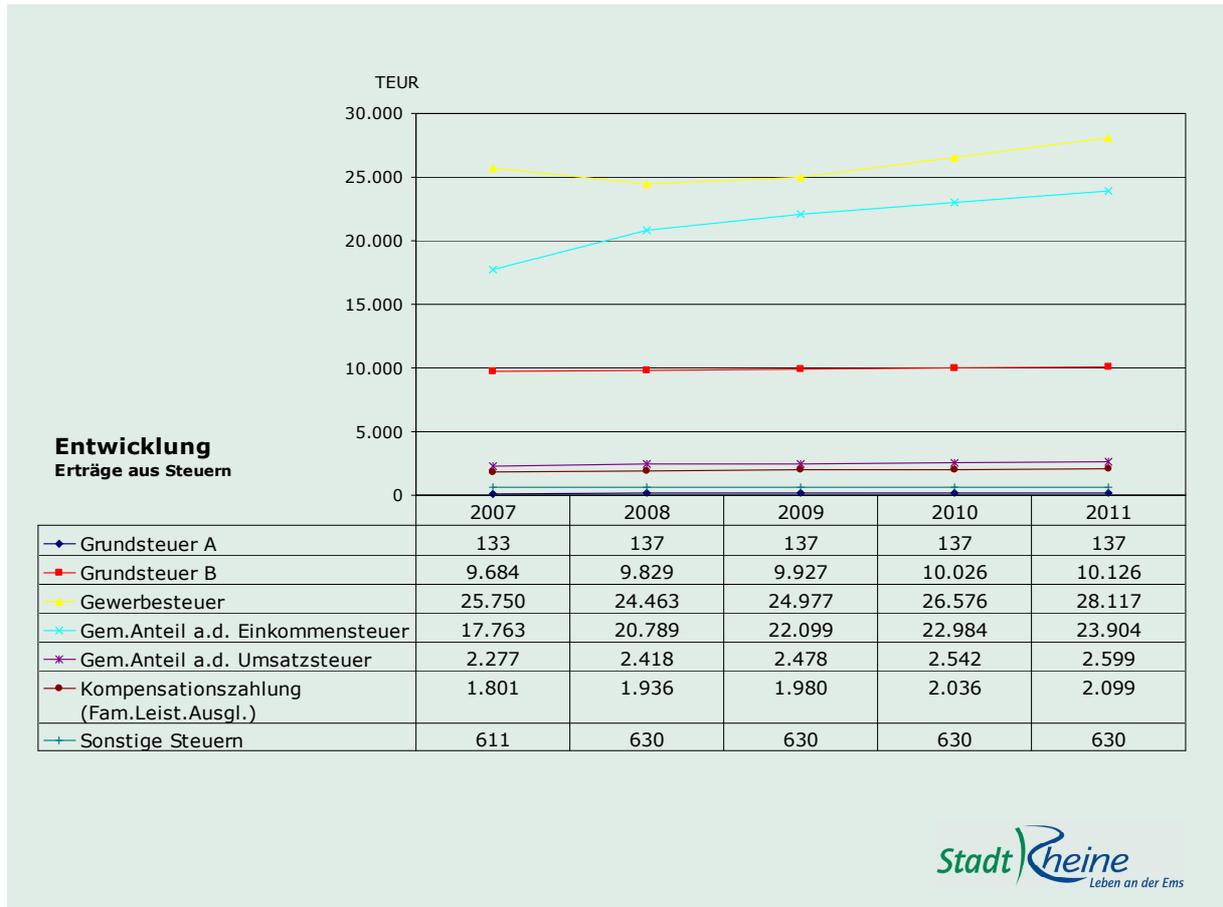
Die übrigen Ertragspositionen entwickeln sich nur sehr verhalten.

Werfen wir nun einen kurzen Blick auf die erste wichtige Säule des städtischen Haushalts, die Steuern.



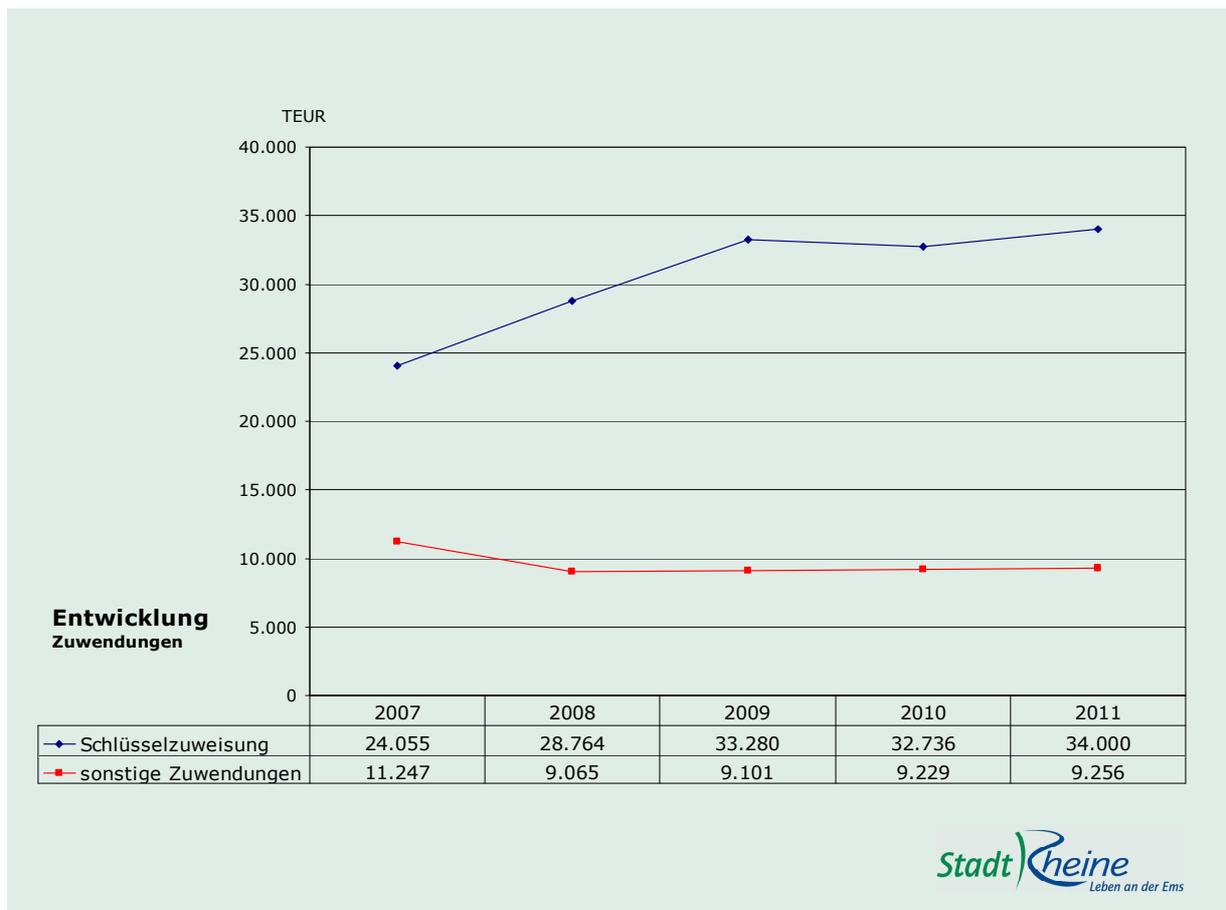
Aus dieser Grafik wird deutlich, dass 40,6 % der Steuererträge über die Gewerbesteuer erzielt werden. 34,5 % kommen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer. Diese beiden Steuern machen also rund zwei Drittel des gesamten Steueraufkommens der Stadt aus. Es ist mir wichtig, in diesem Zusammenhang schon folgendes zu verdeutlichen: Dies sind explizit die Erträge, die ausschließlich von der wirtschaftlichen Entwicklung abhängig sind!

Schauen wir uns nun die Entwicklung der Erträge aus Steuern an.



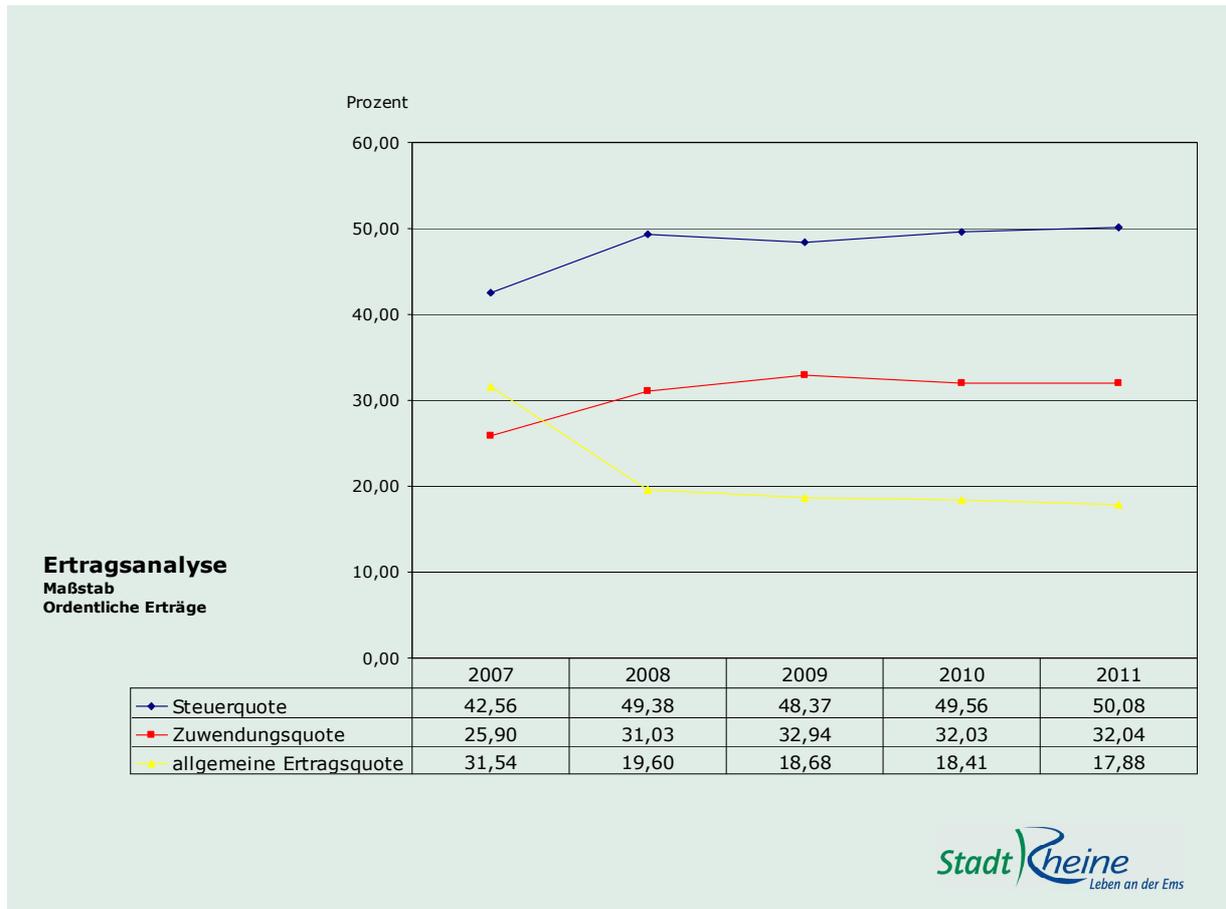
Eine ergänzende Anmerkung möchte ich zu dieser Übersicht machen. Das betrifft die Gewerbesteuer. Sie sehen, dass wir die Gewerbesteuer für das kommende Jahr noch unterhalb des Ansatzes für dieses Jahr angesetzt haben. Dies auch in der Erkenntnis des voraussichtlichen Ergebnisses für das jetzt langsam zu Ende gehende Jahr 2007. Derzeit liegt dieses bei 31,4 Mio. Euro. Hierfür gibt es verschiedene Gründe. Zum einen erwarten die Steuerschätzer eine spürbare Abschwächung der Aufkommensdynamik. Andererseits ist mit einer deutlichen Reduzierung durch die Unternehmenssteuerreform 2008 zu rechnen. Zu letztgenanntem Tatbestand führt eine simple Rechnung zu folgendem Ergebnis: Die rein rechnerische Herabsetzung des Messbetrages von 5 v.H. auf 3,5 v.H. führt bei den „Top 13“ der Gewerbesteuerzahler der Stadt zu einer Reduzierung des Gewerbesteueraufkommens von rd. 3,3 Mio. Euro. In Gesprächen haben verschiedene Unternehmen bereits eine deutliche Senkung ihrer Gewerbesteuer angekündigt. Darüber hinaus wird auch die angekündigte Produktionseinstellung der Firma Karmann nennenswerte Auswirkungen auf die Gewerbesteuer haben.

Als nächstes möchte ich einen Blick auf die Erträge aus Zuwendungen werfen.



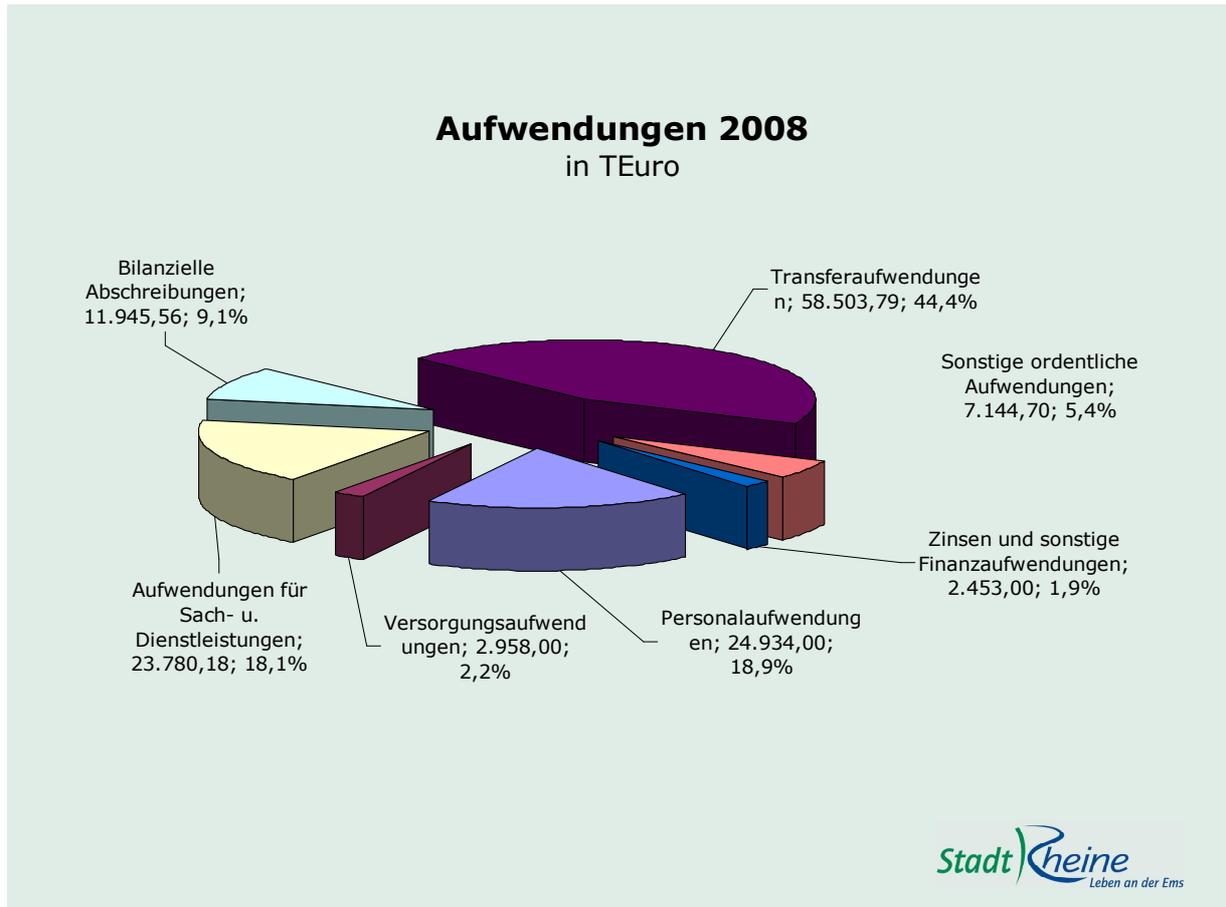
An dieser Grafik wird deutlich, dass zwei Drittel dieser Erträge auf die Schlüsselzuweisung nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) entfallen. Bei der Kalkulation der folgenden Jahre haben wir uns an den Orientierungsdaten des Landes orientiert. Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang, dass die Zuweisungen nach dem GFG ausschließlich aus den Steuereinnahmen des Landes, hauptsächlich aus der Körperschaftsteuer und der Lohn- und Einkommensteuer finanziert werden. Steuererträge also, die ebenfalls unmittelbar mit der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung verbunden sind. Die Verringerung bei den sonstigen Zuwendungen ist auf die AöR Technische Betriebe zurückzuführen.

Mit der folgenden Grafik möchte ich Sie in Form einer Analyse auf folgendes aufmerksam machen: Mehr als 80 % der ordentlichen Erträge der Stadt basieren auf Erträge aus Steuern und Zuweisungen.



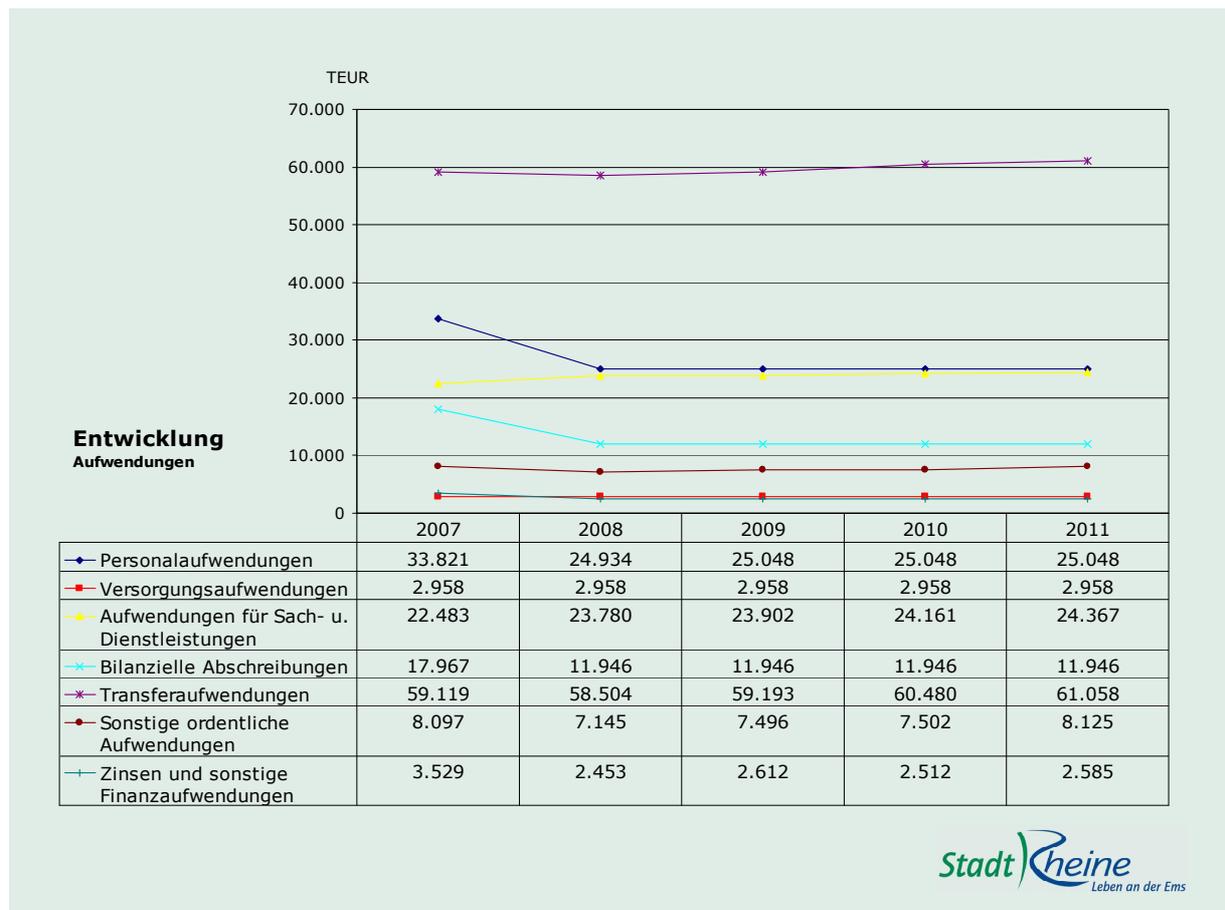
Ich habe Ihnen soeben verdeutlicht, dass gerade diese Erträge weitestgehend und unmittelbar von der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung, die durch die Stadt direkt nur sekundär beeinflusst werden kann, abhängen. Abgesehen von der Gestaltung der Hebesätze für die Realsteuern wird hieran deutlich, welchen begrenzten Spielraum eine Kommune zur unmittelbaren Gestaltung der Ertragsseite hat.

Wenden wir uns nun den Aufwendungen zu.



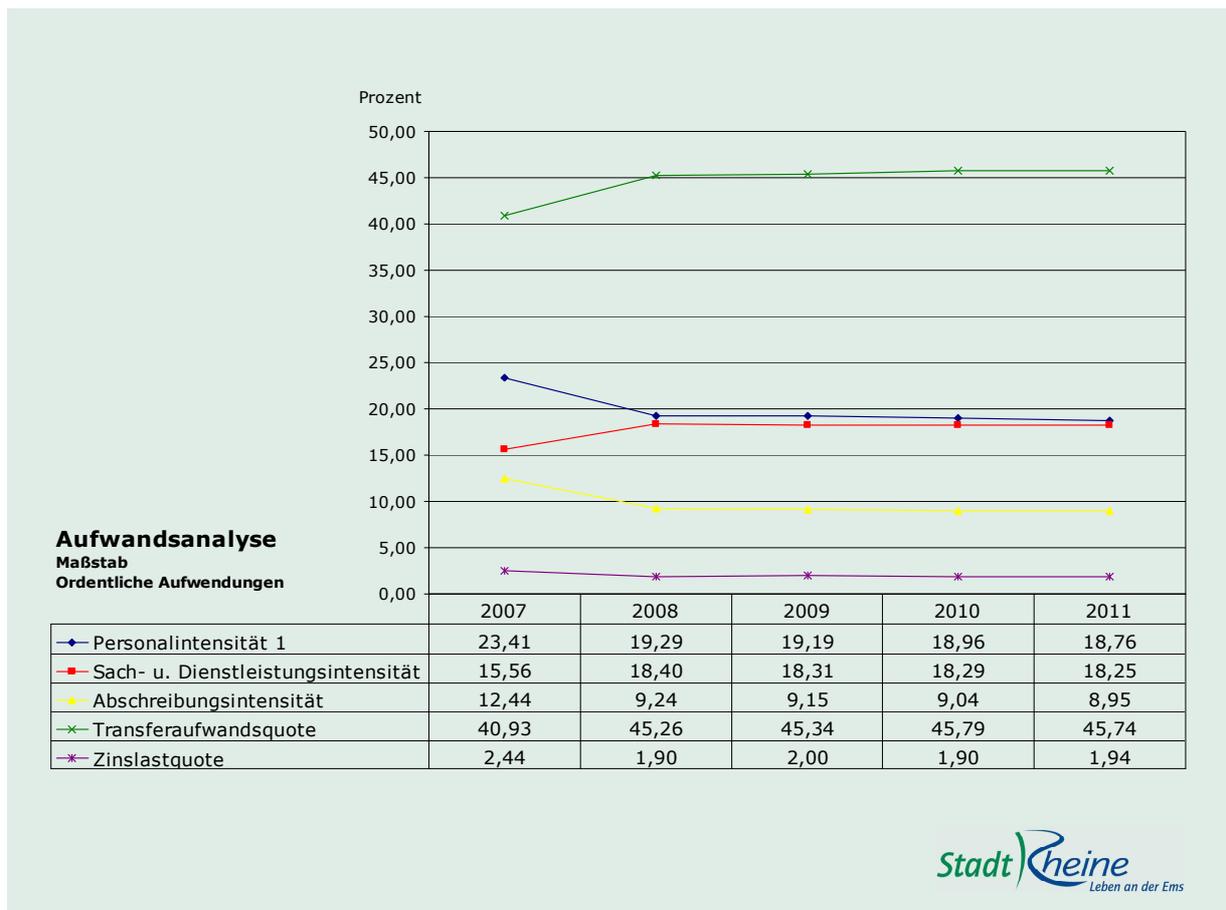
Mit 58,5 Mio. Euro oder 44,4 % bilden die Transferaufwendungen mit Abstand den größten Aufwandsblock im städtischen Ergebnishaushalt. Wie bisher stellen auch nach der Ausgliederung der Technischen Betriebe die Personalaufwendungen mit 24,9 Mio. Euro oder 18,9 % den zweitgrößten Aufwandsblock dar. Dicht gefolgt von den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen mit 23,8 Mio. Euro oder 18,1 %. Die bilanziellen Abschreibungen wurden auf aktualisierter Basis und nach Ausgliederung der Technischen Betriebe mit 11,9 Mio. Euro oder 9,1 % angesetzt. Dem Aufwandsposten stehen auf der Ertragsseite 4,6 Mio. Euro durch die Auflösung von Sonderposten gegenüber.

In der nachfolgenden Grafik haben wir Ihnen die Entwicklung der Aufwendungen in der Zeitreihe dargestellt.

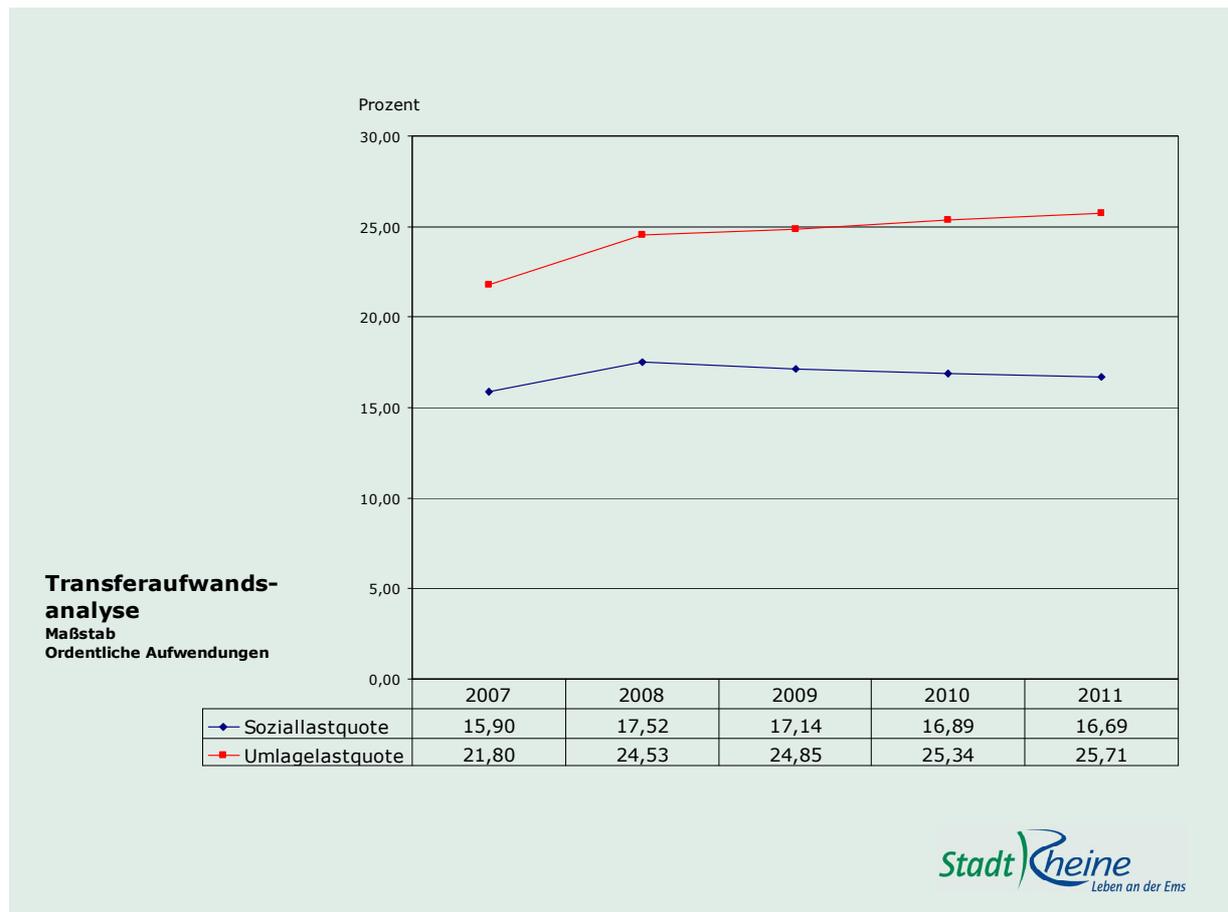


Sie können hieraus erkennen, dass die Aufwendungen überwiegend eine sehr zurückhaltende oder verhaltene Entwicklung zeigen. Teilweise dokumentieren sie, wie am Beispiel der Personalaufwendungen zu erkennen ist, den auch durch die Eckdatenvorgaben festgelegten Konsolidierungsdruck. Auf die Transferaufwendungen möchte ich gleich noch besonders eingehen. Einen Hinweis zu den Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen möchte ich noch geben: Die deutliche Senkung gegenüber dem Vorjahr ist auf die Übernahme von Zweckdarlehen durch die AöR zurückzuführen. Die Darlehen wurden ausschließlich für den Entwässerungsbereich eingesetzt. Dies wird auch gegen Ende meiner Präsentation noch einmal sehr deutlich werden.

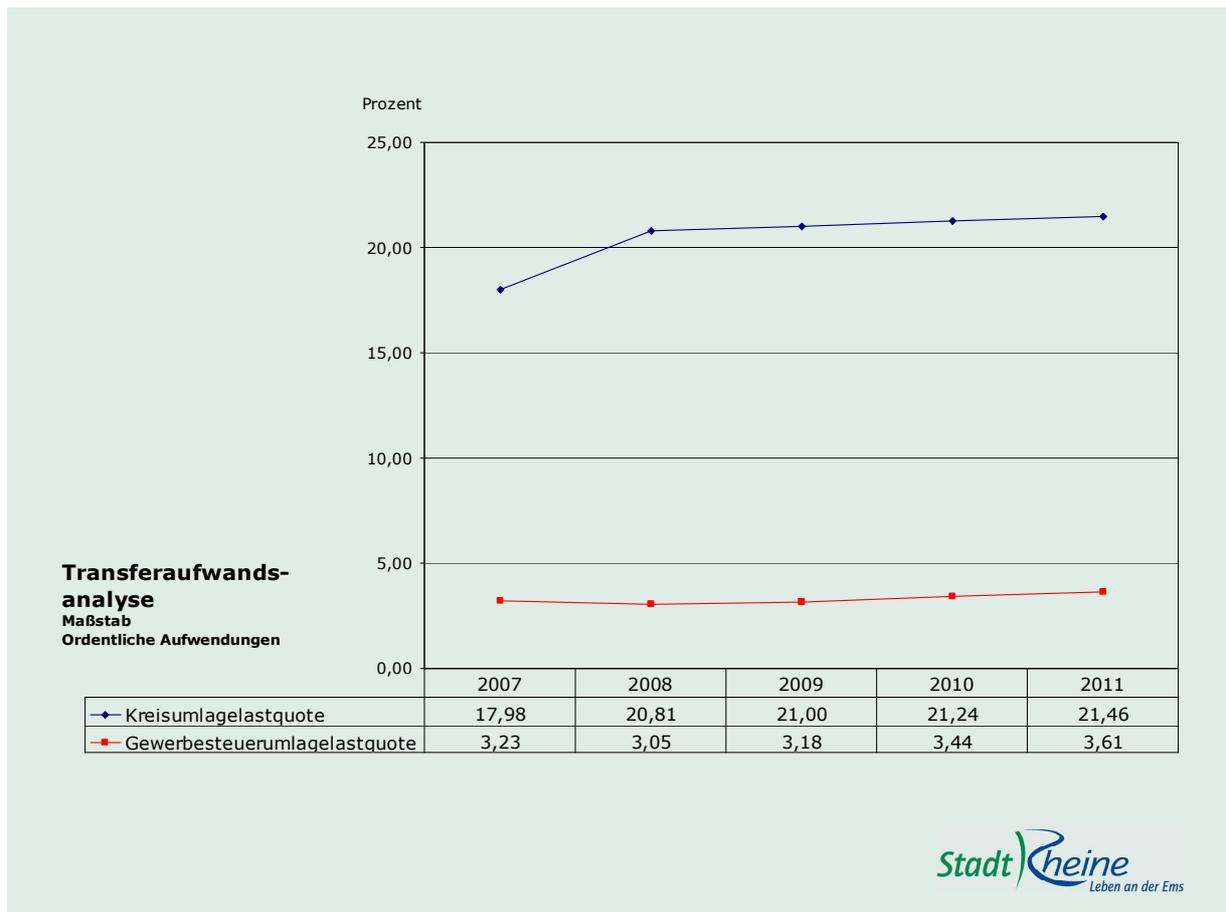
Auch die Aufwandsseite haben wir analysiert und bestimmte Aufwendungen ins Verhältnis zu den ordentlichen Gesamtaufwendungen gesetzt.



Auffällig ist hier – und darauf möchte ich Ihren Blick lenken – die hohe Transferaufwandsquote von 45 % mit zunehmender Tendenz!



Durch diese Grafik wird erkennbar, wie sich die Transferaufwendungen zusammensetzen und wie sich die einzelnen Bestandteile in die Zukunft hinein entwickeln. Der überwiegende Teil der Transferaufwandsquote entfällt also auf Umlagen. Dieser Teil nimmt im Gegensatz zu der Soziallastquote stetig zu.



Die Umlagelast setzt sich zusammen aus der Kreisumlage und aus der Gewerbesteuerumlage. Beide Kennziffern werden sich in den nächsten Jahren voraussichtlich erhöhen.

Ich möchte hier zunächst ein weiteres Zwischenfazit ziehen. Sie haben gesehen, dass 45 % unserer Gesamtaufwendungen auf Transferaufwendungen entfallen. Genau so gut – hoffe ich – haben Sie erkennen können, dass diese Aufwendungen durch die Stadt nur in sehr eingeschränkter Weise unmittelbar beeinflussbar sind.

In der „kommunalen Familie“ liegt allerdings eine hohe Gestaltungsmöglichkeit beim Kreis, und zwar für die Kreisumlage. Hierzu gibt es beinahe schon „historisch“ unterschiedliche Standpunkte zwischen den Bürgermeistern bzw. der Bürgermeisterin auf der einen Seite und dem Landrat auf der anderen Seite. So auch in diesem Jahr. Dazu gab es in der Vergangenheit immer wieder öffentliche Darstellungen von unterschiedlichen Seiten.

Ich sehe jedenfalls im Gegensatz zum Kreis für das kommende Jahr deutlichere Möglichkeiten zur Senkung des Hebesatzes der Kreisumlage.

Der Kreis geht von einem derzeitigen Hebesatz von 34,4 v.H. aus und bezieht sich insoweit auf die Festsetzung in der Haushaltssatzung des Jahres 2007. Faktisch beträgt der Hebesatz allerdings nur 34,1 v.H., weil der Kreis eine nach Verabschiedung des Kreishaushaltes eingetretene Sen-

kung der Landschaftsverbandsumlage absprachegemäß „im Wege der Verrechnung“ an die Kommunen weitergegeben hat.

Wir haben bei unseren Kalkulationen – wie schon beim Eckdatenbeschluss - ausgehend von einem Hebesatz von 34,1 v.H. eine Senkung um 2 Punkte auf 32,1 v.H. unterstellt. Der Haushaltsentwurf des Kreises für 2008 sieht allerdings einen Hebesatz von 33,9 vor.

Über viele Jahre hinweg habe ich mich im Auftrag der Bürgermeisterin und aller Bürgermeister der Städte und Gemeinden des Kreises sehr intensiv mit dem Kreishaushalt und den Möglichkeiten einer gemeindefreundlichen Ausgestaltung der Kreisumlage auseinandergesetzt. Auch in diesem Jahr habe ich direkt nach Bekanntgabe der Daten aus der 1. Proberechnung zum GFG die Auswirkungen für den Kreis öffentlich gemacht und auf die Möglichkeit einer deutlichen Senkung des Kreisumlagehebesatzes aufmerksam gemacht. Angesichts der „bitteren“ Erkenntnis, in der Regel nichts oder nur wenig erreicht zu haben, werde ich in Zukunft für die Aufgabe – im Einverständnis mit der Bürgermeisterin – nicht mehr zur Verfügung stehen.

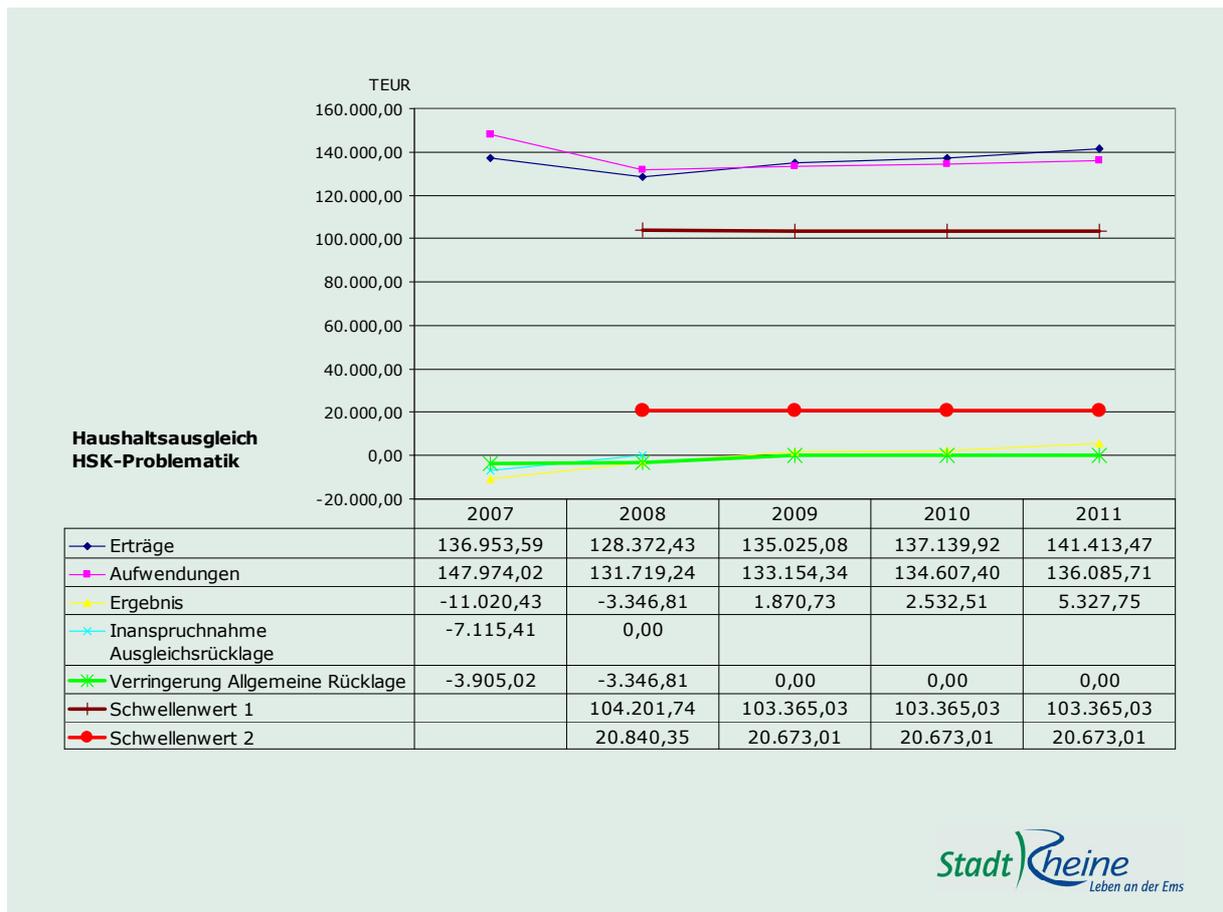
Lassen Sie mich zu diesem Thema abschließend nur folgendes deutlich machen: ein Punkt Kreisumlage macht für die Stadt Rheine rund 0,8 Mio. Euro aus. Es besteht also ein nicht zu unterschätzendes Planungsrisiko!

Als Abschluss meiner Ausführungen zum Ergebnisplan möchte ich Ihnen die Budgetübersicht für die Fach- und Sonderbereiche darstellen.

Budgetübersicht Ergebnisplan 2007 - 2011

	2007	2008	2009	2010	2011
0 - Politische Gremien u. Verwaltungsführung	-2.699	-2.685	-2.697	-2.697	-2.697
1 - Bildung, Kultur und Sport	-14.971	-8.289	-8.458	-8.474	-8.448
2 - Jugend, Familie, Soziales	-21.924	-21.423	-21.398	-21.278	-21.902
3 - Recht und Ordnung	-3.468	-3.831	-3.847	-3.876	-3.865
4 - Finanzen	-1.576	4.194	4.143	3.873	4.142
5 - Planen und Bauen	-9.257	-26.286	-26.495	-26.802	-27.058
6 - Technische Betriebe	-3.844	0	0	0	0
7 - Interner Service	-3.226	-3.025	-3.091	-2.996	-3.024
8- Wohn- und Grundstücksmanagement	-1.098	-816	-748	-733	-725
Bahnflächen	-30	-82	-154	-390	-104
Gesamtbudget	-62.093	-62.243	-62.745	-63.373	-63.681

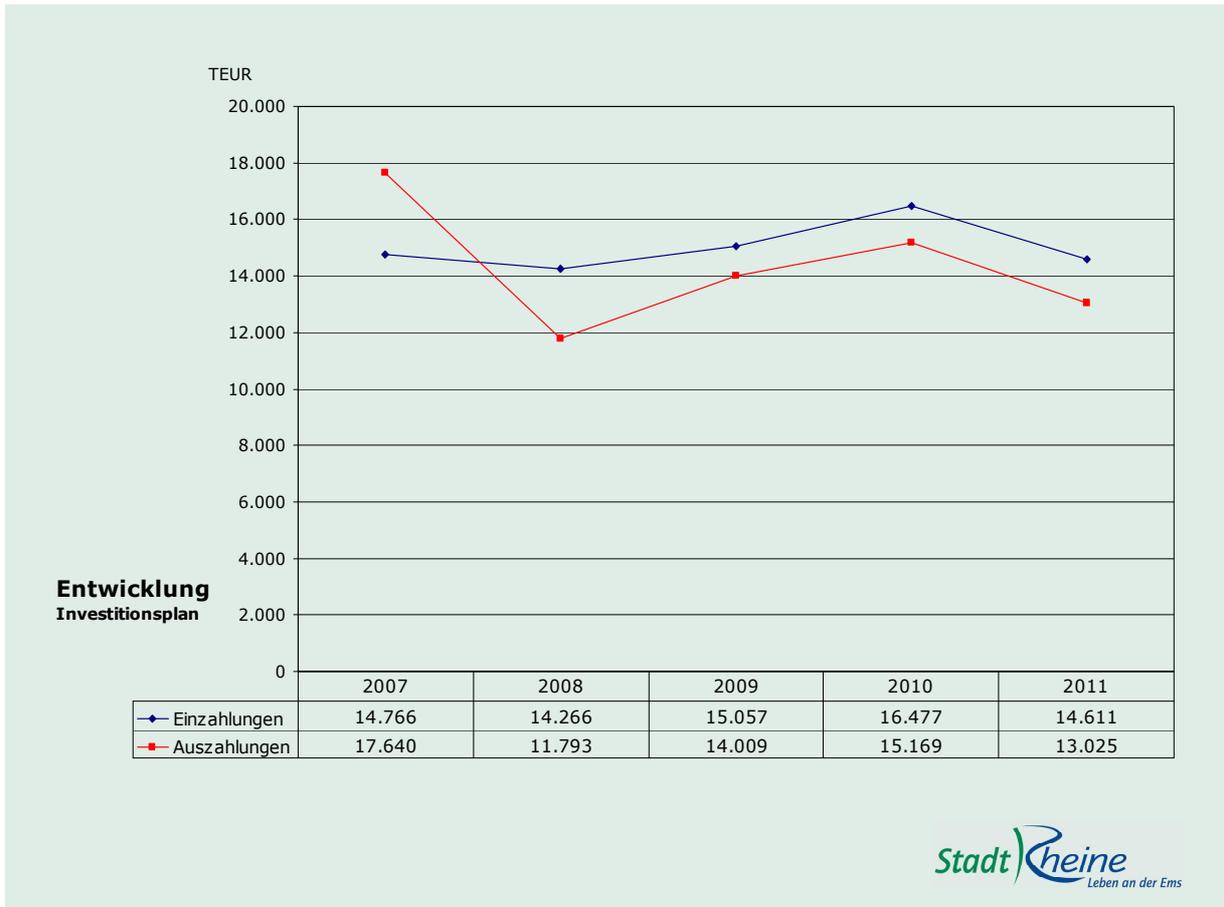
Einerseits wegen der notwendigen Umstellungen im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Technischen Betriebe sowie der Übernahme des vorläufigen Wirtschaftsplans der AöR und andererseits wegen der notwendigen Umstellung bei den Internen Leistungsverrechnungen sind vielfach auch bei dieser Übersicht Vergleiche mit dem Vorjahr nicht möglich. Ich möchte aber auf das Gesamtbudget aufmerksam machen, das für 2008 mit 62,2 Mio. Euro abschließt. Dies entspricht annähernd dem Eckdatenbeschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 16. Oktober 2007, der ein Gesamtbudget von 62,4 Mio. Euro zum Gegenstand hatte.



Der Entwurf des Ergebnisplans für 2008 schließt mit einem Fehlbetrag in Höhe von 3,3 Mio. Euro ab. Der Haushalt ist damit nicht ausgeglichen. Für die Abdeckung des Fehlbetrages ist eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage und damit eine Verringerung des Eigenkapitals vorgesehen. Damit unterliegt auch der Haushalt 2008 der Genehmigung der Aufsichtsbehörde.

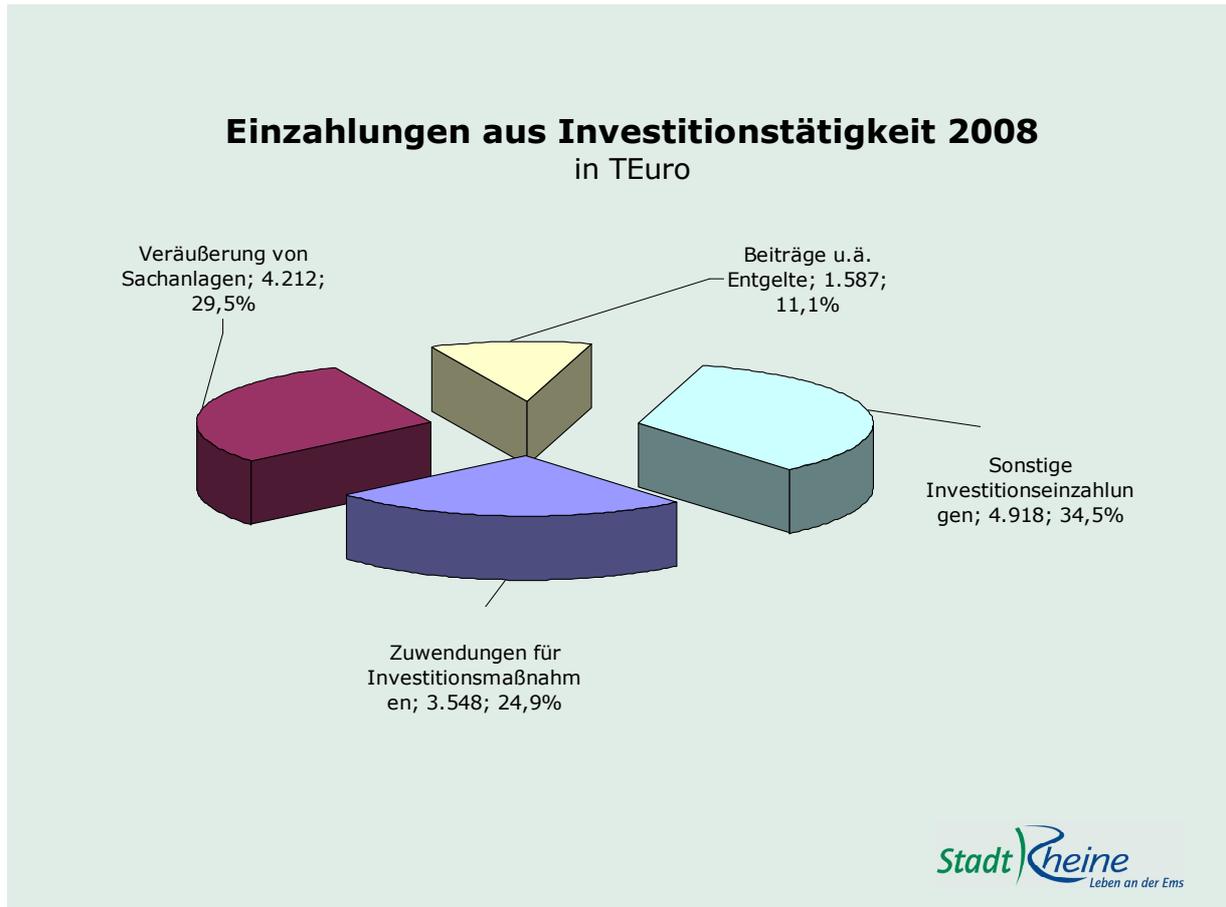
Die maßgebenden Schwellenwerte werden nicht überschritten, so dass bezüglich der Genehmigung – wie schon im Vorjahr – keine Probleme bestehen dürften.

Nun möchte ich überleiten zum Investitionsplan.



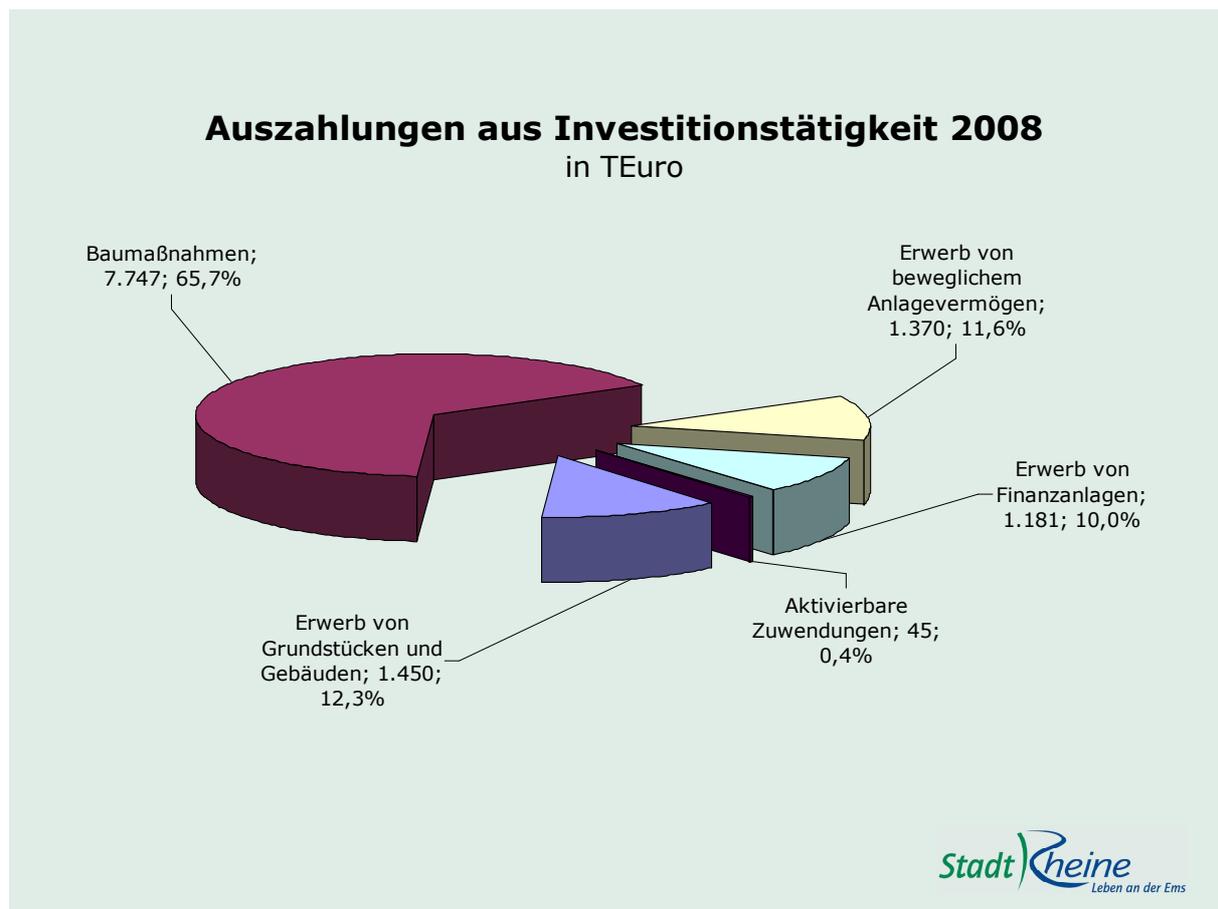
Der Investitionsplan sieht für 2008 Auszahlungen für Investitionen in Höhe von 11,8 Mio. Euro vor. Dem stehen deutlich höhere Einzahlungen in Höhe von 14,3 Mio. Euro gegenüber.

Ich möchte Ihnen zunächst die Einzahlungen vorstellen und erläutern.



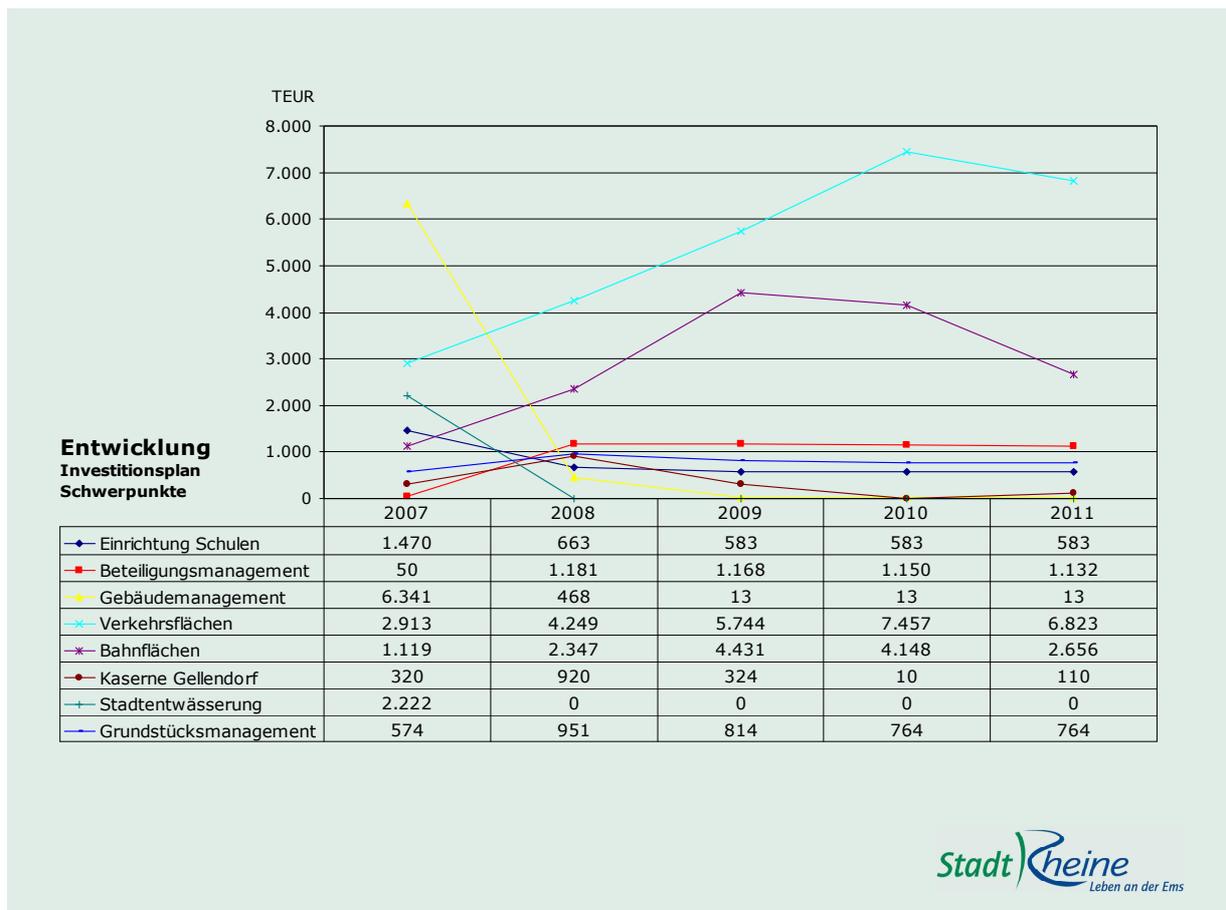
Mit 4,9 Mio. Euro oder 34,5 % sind sonstige Investitionseinzahlungen vorgesehen. Sie sind mit 3,9 Mio. Euro hauptsächlich auf die Tilgungsleistungen aus dem Trägerdarlehen an die AöR Technische Betriebe zurückzuführen. Aus der Veräußerung von Sachanlagen werden 4,2 Mio. € oder 29,5 % erwartet. Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen sind in einer Höhe von 3,5 Mio. Euro oder 24,9 % veranschlagt. Aus Beiträgen u.ä. werden 1,6 Mio. Euro oder 11,1 % erwartet.

Die Auszahlungen verteilen sich wie folgt:

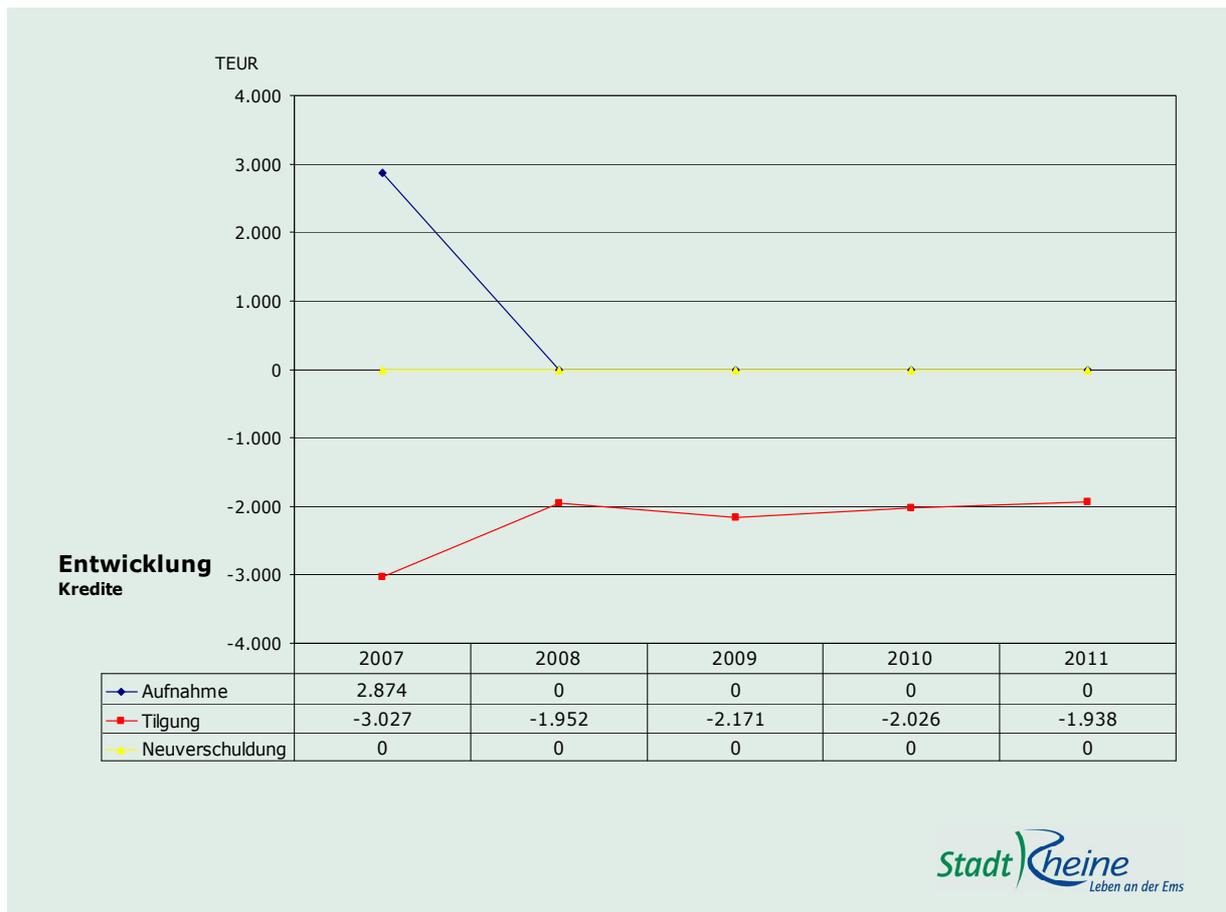


Schwerpunkt sind mit 7,7 Mio. Euro die Baumaßnahmen. Für den Erwerb von Grundstücken sind 1,5 Mio. Euro vorgesehen, hauptsächlich für den Erwerb von Bahnflächen, aber auch für den Einstieg in das Interkommunale Gewerbegebiet Holsterfeld. 1,4 Mio. Euro stehen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen zur Verfügung. Die für den Erwerb von Finanzanlagen vorgesehenen 1,2 Mio. Euro stehen im Zusammenhang mit der Ausgliederung der Technischen Betriebe.

Ich möchte Ihnen nun die Investitionsschwerpunkte kurz überblicksartig darstellen.

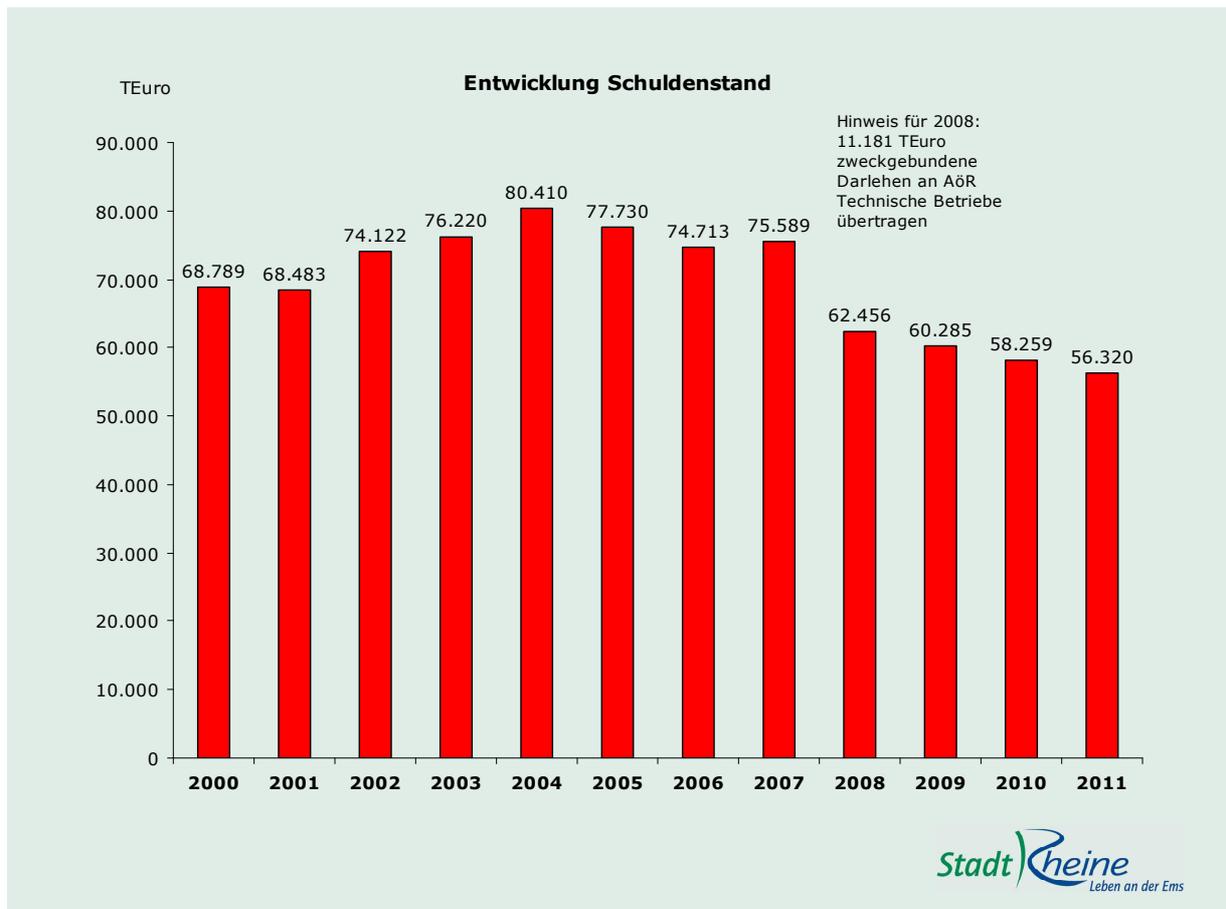


Einzelne Projekte und Maßnahmen hat Ihnen die Bürgermeisterin bereits vorgestellt.



Zur Finanzierung der nach dem Planentwurf vorgesehenen Investitionen sind weder für 2008 noch für die Folgejahre Kredite erforderlich. Hierbei muss aber sehr deutlich darauf hingewiesen werden, dass uns dies nicht den Blick für die Realitäten verstellen darf. Denn hohe Investitionssummen, insbesondere im Entwässerungsbereich, sind durch die Ausgliederung der Technischen Betriebe in die AöR verlagert worden. Dort werden sich künftig Kreditfinanzierungen nicht vermeiden lassen. Auf das Gutachten der WIBERA und die dem Ausgliederungsbeschluss des Rates zugrunde liegende Wirtschaftsplanung wird ausdrücklich Bezug genommen!

Die voraussichtliche Entwicklung des Schuldenstandes entnehmen Sie bitte der folgenden Darstellung.



Auch hier ist der angebrachte Hinweis von besonderer Relevanz für die Betrachtung der gravierenden Veränderung im Übergang von 2007 auf 2008!

Erlauben Sie mir abschließend noch folgende Anmerkung zu wiederholen, die bereits zum Eckdatenbeschluss gegeben wurde: Der Ihnen hiermit vorgelegte Entwurf der Ergebnis- und Investitionsplanung 2008 – 2011 liegt auch auf der vom Innenministerium eingeforderten Linie, wonach die Gemeinden die auf die augenblicklich guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen beruhende positive Entwicklung der steuerlichen Erträge nutzen sollten, „Vorsorge für schlechtere Zeiten zu treffen, in dem sie konsequent Schulden bzw. Verbindlichkeiten abbauen“ und entsprechend den Vorgaben des Finanzplanungsrates sie „nicht zur Grundlage für zusätzliche langfristige Ausgabeverpflichtungen“ machen.

Man kann dies auch mit einem alten Sprichwort ausdrücken:
„Spare in der Zeit, so hast du in der Not!“

Nutzen Sie also die Chance zur (weiteren) dauerhaften Verbesserung der städtischen Finanzlage!

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen erfolgreiche Beratungen getreu dem Motto: „Das Geld ist da, wo man es in Ehren hält!“